

Insolvenzstatistik



Meldung X

über die Entscheidung eines Restschuldbefreiungsverfahrens

Bitte beachten Sie bei der Beantwortung der Frage die Erläuterungen zu 1 bis 4 auf Seite 3 in dieser Unterlage.

Name des Amtes
Org. Einheit
Straße + Hausnummer
PLZ, Ort

Sie erreichen uns über

Telefon:
Herr Xxxxx XXXXXXXX-XXXX
Frau Xxxxx XXXXXXXX-XXXX
E-Mail: XXXXXXXX@XXXXX.de

Diese Meldung ist innerhalb von sechs Wochen nach Rechtskraft der Entscheidung durch den Treuhänder/die Treuhänderin an das zuständige Statistische Amt des Landes zu übermitteln.

Ein neuer Tatbestand ergibt sich, wenn die Restschuldbefreiung nach der Erteilung widerrufen wird (§ 303 InsO), siehe Frage 2.5. In diesem Fall ist diese Meldung innerhalb von sechs Wochen nach Rechtskraft der Entscheidung ein weiteres Mal an das zuständige Statistische Amt des Landes zu übermitteln.

Hinweise zum Ausfüllen ▶ **Siehe Seite 3.**

Name des Gerichtes:

Numer des Gerichtes: Ursprüngliches Aktenzeichen: 1

Verfahrens-ID: 2

Datum des Eröffnungsbeschlusses: Tag Monat Jahr

Treuhänder/-in

Nachname:

Vorname:

Straße, Hausnummer:

PLZ, Ort:

Ansprechperson für Rückfragen (freiwillige Angabe)

Nachname:

Vorname:

Telefon: /
Vorwahl Rufnummer

E-Mail:

1 Name und Anschrift des Schuldners/der Schuldnerin (Bitte die bei Eröffnung des Verfahrens gültigen Kontaktdaten angeben.)

Nachname:

Vorname:

Straße, Hausnummer:

PLZ, Ort:

weiter auf Seite 2 ▶

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Bitte zurücksenden an

Bemerkungen

Zur Vermeidung von Rückfragen unsererseits können Sie hier auf besondere Ereignisse und Umstände hinweisen, die Einfluss auf Ihre Angaben haben.

Name der befragenden Behörde
Anschrift

2 Entscheidung über Restschuldbefreiung

2.1 Restschuldbefreiung wurde erteilt

2.2 Restschuldbefreiung wurde versagt
Bitte alles Zutreffende ankreuzen.

- 2.2.1 Gründe der Versagung nach §290 Absatz 1 (Nummer 1 bis 7) InsO
- Insolvenzstraftat (Nummer 1)
 - Falsche Angaben (Nummer 2)
 - Frühere Restschuldbefreiung (Nummer 3)
 - Beeinträchtigung der Gläubigerbefriedigung (Nummer 4)
 - Verletzung der Mitwirkungspflicht (Nummer 5)
 - Falsche Verzeichnisse (Nummer 6)
 - Verletzung der Erwerbsobliegenheit (Nummer 7)

noch: Frage 2.2

- 2.2.2 Versagung nach §296 Absatz 1 InsO
Verstoß gegen die Obliegenheiten
- 2.2.3 Versagung nach §297 Absatz 1 InsO
Insolvenzstraftat
- 2.2.4 Nachträgliche Versagung der Restschuldbefreiung
(§297a InsO)
- 2.2.5 Versagung nach §298 InsO
Mindestvergütung des Treuhänders nicht gezahlt
- 2.2.6 Versagung nach §314 Absatz 3 Satz 2 InsO
Keine Zahlung bei vereinfachter Verteilung
- 2.3 Rücknahme des Antrags
- 2.4 Schuldner/-in verstorben
- 2.5 Restschuldbefreiung wurde nach Erteilung
widerrufen (§303 InsO)

Frage 3 ist nur zu beantworten, wenn die Antragstellung ab dem 01.01.2022 erfolgt ist.

3 Höhe des zur Verteilung an die Gläubiger verfügbaren Betrages

Volle Euro

- darunter: Zur Verteilung an die **Finanzämter**
verfügbarer Betrag
- Zur Verteilung an die **Bundesagentur für Arbeit**
verfügbarer Betrag
- Zur Verteilung an die **Sozialversicherungsträger** verfügbarer Betrag **3**

--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--

4 Datum der Entscheidung über die Restschuldbefreiung **4**

--	--

Tag

--	--

Monat

--	--	--	--

Jahr

